

**Positionspapier des
Dachverbands der Migrantinnenorganisationen (DaMigra e.V.)
zur Bundestagswahl 2017**

Impressum

DaMigra e.V.
Dachverband der
Migrantinnenorganisationen

Am Sudhaus 2
12053 Berlin

info@damigra.de
www.damigra.de

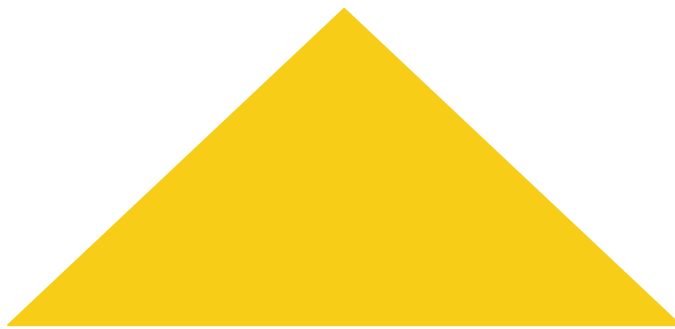
Verantwortlich DaMigra e.V.
Redaktion Mira Ragunathan, Nadiye Ünsal, Saboura Naqshband,
Nevrus Karadas, Loubna Messaoudi
Layout Loubna Messaoudi

Mai 2017

Inhalt

Positionspapier

Politische Teilhabe	_____	4
Anerkennung von Care-Arbeit	_____	5
Wohnen und Infrastruktur	_____	5
Gesundheitssystem	_____	6
Gleichstellung und Antidiskriminierung	_____	6
Kunst, Kultur, Medien und Freizeitangebote	_____	7



Für ein Einwanderungsland, in dem Migrantinnen* vollwertig leben. Für die politische Selbstbestimmung von Migrantinnen*.

Anlässlich der Wahl des 19. Deutschen Bundestags am 24. September 2017 plädiert DaMigra e. V. für die gesetzliche Verankerung von Maßnahmen, die auf die Wahrung von Migrantinnen*rechten und ihrer politischen Selbstbestimmung hinwirken.

Politische Teilhabe für Migrantinnen*

Wahlrecht für alle Auf Kommunal-, Landes-, Bundes- und europäischer Ebene können uneingeschränkt ausschließlich Menschen mit deutscher Staatsangehörigkeit wählen. Seit der Grundgesetzänderung von 1992 dürfen Ausländerinnen* mit EU-Staatsangehörigkeit an Kommunalwahlen teilnehmen. Für "Drittstaatenangehörige*" gilt dies jedoch nicht: sie dürfen sich weder direkt, noch indirekt an Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen beteiligen.

Die voranschreitende Ausweitung der Ausländer-, Migrations- und Integrationsräte auf Kommunal- und Länderebene ist begrüßenswert, mindert jedoch nicht den Missstand, dass 10 bis 15 Prozent der volljährigen Bürgerinnen* in Deutschland das vollständige Wahlrecht vorenthalten wird. Damit werden Menschen entmündigt, die schon lange in Deutschland leben, Steuern zahlen und sich aktiv am gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Zusammenleben beteiligen.

Migrantinnen* machen fast 19 Prozent der bundesdeutschen Bevölkerung aus. Im Bundestag jedoch kommen von 631 Abgeordneten lediglich 6 Prozent aus Einwanderinnen*familien. Bei den Parteien beobachten wir ein ähnliches Bild: Von links bis rechts des Spektrums verzeichnen die Parteien 1, 6 oder höchstens 12 Prozent an Menschen mit Migrationsgeschichte in ihren Reihen.

Forderung DaMigra e. V. fordert die Ausweitung des uneingeschränkten Wahlrechts für Ausländerinnen* und Menschen mit Migrations- und Fluchtgeschichte, insbesondere das uneingeschränkte Wahlrecht für Drittstaatenausländerinnen* auf kommunaler Ebene. Zudem fordern wir eine interkulturelle und geschlechtergerechte Öffnung der Parteien, um eine der Bevölkerung entsprechende Repräsentation von Frauen* mit Migrations- und Fluchtgeschichte im Bundestag zu erwirken.

Einbürgerung erleichtern In der Bundesrepublik Deutschland haben Ausländerinnen* aktuell nach acht Jahren Mindestaufenthalt einen Anspruch auf Einbürgerung, wenn sie ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten, ausreichende Deutschkenntnisse haben und nicht wegen einer Straftat verurteilt wurden. Zu diesen Anforderungen kommt die lange Wartezeit hinzu, die eine Inklusion in die Einwanderungsgesellschaft verspätet. Im Vergleich liegt im EU-Durchschnitt die Wartezeit bei fünf Jahren. Ein restriktives Einbürgerungsrecht schafft Ausschlüsse auf der Ebene politischer Partizipation, sozialer Sicherheit und wirtschaftlicher Befähigung. Zudem schreckt die derzeit enge Regelung der doppelten Staatsbürgerschaft Migrantinnen* von der

Einbürgerung ab, die formell dazu berechtigt wären, sich zum deutschen Staat bekennen und ihren Beitrag zum Gemeinwohl leisten, jedoch nicht dazu bereit sind, ihre Bindung zum Herkunftsstaat aufzugeben.

Forderung DaMigra e.V. fordert die Verkürzung des Mindestaufenthalts bei der Einbürgerung von derzeit acht auf fünf Jahre. Darüber hinaus fordert DaMigra e.V. die Ausweitung der doppelten Staatsbürgerschaft und damit einhergehend eine Kultur der Akzeptanz für Menschen, die sich am gesellschaftlich-politischen Leben von zwei Staaten gleichzeitig beteiligen.

Anerkennung von Care-Arbeit

Ausgleich des Gender Pay Gaps und Schutz vor Altersarmut Der Gehaltsunterschied zwischen Frauen* und Männern* in Deutschland beträgt nach Angaben des Statistischen Bundesamts 21 Prozent (Gender Pay Gap). Weiblich konnotierte Arbeit erfährt gesellschaftlich immer noch so wenig Anerkennung, dass Löhne und Arbeitsbedingungen im sozialen Sektor miserabel sind. Der Pay Gap trifft im besonderen Maße Migrantinnen*, die bzgl. ihrer Qualifikation meist ohnehin heruntergestuft werden. Zusätzlich tragen Niedriglöhne im sozialen Sektor, unsichtbare und unbezahlte Care-Arbeit und die Aberkennung ausländischer Bildungsabschlüsse zur Mehrfachdiskriminierung von Migrantinnen* auf dem Arbeitsmarkt bei. Ältere Frauen* und alleinerziehende Mütter* mit Migrationsgeschichte werden zudem von einer bedarfsungerechten Weiterbildungslandschaft benachteiligt. Dadurch sind sie in der Konsequenz auch besonders häufig von Altersarmut betroffen.

Forderung DaMigra e. V. fordert den Ausgleich des Gender Pay Gaps und damit die Anerkennung von Arbeit, die häufig von Migrantinnen* geleistet wird. Ferner fordert DaMigra e. V. die Verbesserung prekärer Arbeitsbedingungen im sozialen Sektor, die Sichtbarmachung und Bezahlung häuslicher Care-Arbeit, die de facto Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse und bedarfsgerechte Weiterbildungsangebote für ältere Frauen* und alleinerziehende Mütter* mit Migrationsgeschichte.

Wohnen und Infrastruktur

Bessere Anbindung und Ausbau Von Wohnstrukturen Durch Gentrifizierungsprozesse in den Städten und Verdrängung in die Stadtrandgebiete entstehen soziale Ausschlüsse mit schweren Folgen insbesondere für Migrantinnen* und besonders für geflüchtete Frauen*. Bezahlbarer Wohnraum mit gut angebundener Infrastruktur, die Zugang zum Arbeitsplatz, zu Bildungs-, Freizeit-, Erholungs- und Kinderbetreuungsangeboten ermöglicht, wird für Migrantinnen* und besonders für geflüchtete Frauen* kaum

angeboten. Damit sind Isolation und mangelnde gesellschaftliche Teilhabe vorprogrammiert.

Forderung DaMigra e. V. fordert die Umsetzung von Maßnahmen, die soziales Wohnen für Migrantinnen* und geflüchtete Frauen* im Stadttinneren ermöglichen. DaMigra e. V. fordert eine bessere ÖPNV-Anbindung der Stadtränder und den Ausbau von (sozialen) Infrastrukturen. Weiter fordert DaMigra e. V. den Schutz und Ausbau von Sozialwohnraum und die Umsetzung effektiver Instrumente, die die Privatisierung von Wohnraum regulieren und struktureller Diskriminierung entgegenwirken.

Gesundheitssystem

Sprach- und diskriminierungssensibler Zugang zum Gesundheitssystem für Migrantinnen* Migration und Flucht wirken sich maßgeblich auf die physische und psychische Gesundheit von Menschen mit Migrationsgeschichte aus. Migrantinnen* sind in diesem Prozess zusätzlich geschlechtsspezifischer Gewalt ausgesetzt. Ihr Weg zur Gesundheitsversorgung ist oft mit Sprach- und Informationsbarrieren verbunden.

Es fehlen diskriminierungs- und kultursensible Konzepte von Krankheit, Heilung und Ernährung in der schulmedizinischen Versorgung von Patientinnen*. Besonders im Hinblick auf einen immer älter werdenden Anteil von Migrantinnen* in der Bevölkerung mangelt es an einer bedarfsgerechten gesundheitlichen Versorgung von Migrantinnen*.

Forderung DaMigra e. V. fordert einen leichteren Zugang zum Gesundheitssystem für Migrantinnen* und Geflüchtete, insbesondere hinsichtlich Sprachbarrieren. DaMigra e. V. fordert eine flächendeckende diversity- und diskriminierungssensible Schulung aller Beschäftigten im Gesundheitssystem. DaMigra e. V. fordert eine bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung, besonders für geflüchtete Frauen*, LGBTI*Q und Opfer von Menschenhandel. DaMigra e. V. fordert diskriminierungssensible Angebote in der Trauma- und Psychotherapie für Menschen, die von rassistischer oder geschlechtsspezifischer Gewalt betroffen sind.

Gleichstellung und Antidiskriminierung

Istanbul-Konvention Die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, mit der Ratifizierung der Europaratskonvention zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen* und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention) zu beginnen. Die Konvention richtet sich sowohl gegen Gewalt, die im Privaten erfahren wird, als auch gegen geschlechtsspezifische Gewalt im öffentlichen Raum.

Angesichts desolater Zustände in Flüchtlingsunterkünften und medienwirksamer reaktionärer Forderungen wie Kleidungs Vorschriften für Muslime* ist ein starkes Bekenntnis zum Gleichstellungsgedanken längst überfällig. Frauen* mit Migrations- und Fluchtgeschichte kämpfen in einem skandalösen Maße mit sexuellen und rassistischen Übergriffen, besonders in den Flüchtlingsunterkünften. Laut einer Studie der Psychiatrischen

Universitätsklinik der Charité leiden rund 50 Prozent der Frauen*, die in Flüchtlingsunterkünften leben müssen, an Angstzuständen. 5 Prozent der befragten Frauen* berichtet von starken Selbstmordgedanken.

Forderung DaMigra e. V. fordert eine konsistente, zielorientierte Gleichstellungspolitik der Bundesregierung. DaMigra e.V. fordert die konsequente Umsetzung der Istanbul-Konvention in allen gesellschaftlichen Lebensbereichen. Daneben fordert DaMigra e. V. den Ausbau der Beratungs- und Begleitungsangebote für Frauen* mit Flucht- und Migrationsgeschichte sowie spezifische Inklusions- und Empowermentmaßnahmen vor allem im Bereich Arbeit, Gesundheit und Bildung. Bei der Umsetzung der Maßnahmen im Zuge der Implementierung der Istanbul-Konvention sollen Migrantinnen*selbstorganisationen als Berater – und Mitgestalterinnen* involviert werden.

Kunst, Kultur, Medien und Freizeitangebote

Sport- und Kulturangebote für Migrantinnen* Sport, Kunst und Kultur befriedigen elementare Bedürfnisse und sind Voraussetzung für gesellschaftliche Partizipation. Sport- und Freizeitaktivitäten für Migrantinnen* und geflüchtete Frauen* sind in sozialen Einrichtungen jedoch kaum verankert und häufig nur als selbstorganisierte Sportgruppen auffindbar. Dies wirkt insbesondere auf muslimische und auf geflüchtete Frauen* ausschließend.

Ähnlich hürdenreich gestaltet sich der Zugang zu Kultur- und Kunstveranstaltungen. Die wenigen Angebote werden mehrheitlich von Migrantinnen*selbstorganisationen mit kaum bis keinen Mitteln ehrenamtlich gestemmt. Es mangelt weiterhin an finanzieller Unterstützung für Kunst- und Kulturprojekte von Migrantinnen* und geflüchtete Frauen* sowie an Teilhabemöglichkeiten in mehrheitsdeutschen Kunst- und Kulturbetrieben. Dadurch wird weiterhin über Migrantinnen* und geflüchtete Frauen* gesprochen, statt mit ihnen. Die Vielfalt der Biografien, Selbstbilder und Fähigkeiten von Migrantinnen* und geflüchtete Frauen* wird durch die mangelnde Repräsentanz ausgeblendet.

Forderung DaMigra e. V. fordert die interkulturelle Öffnung im Bereich Kunst, Kultur, Medien, Freizeit und Sport. DaMigra e. V. fordert die finanzielle Unterstützung kreativer Projekte von Migrantinnen*selbstorganisationen und die hauptamtliche Unterstützung des Ehrenamts.